

Einwanderungsland Deutschland gestalten Positionen des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen zur Bundestagswahl 2017

Deutschland ist zweifellos ein Einwanderungsland, diese gesellschaftliche Realität kann nicht geleugnet werden. Es geht dabei nicht nur um die Anerkennung der faktischen Zuwanderung - mittlerweile hat ein Viertel der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund -, sondern auch um die Anerkennung einer vielfältigen Gesellschaft. Vielfalt und nicht die Homogenität prägen das Leben hierzulande. Diese Anerkennung bedeutet, dass die vorhandenen Strukturen der Gesellschaft sich an dieser Realität orientieren müssen; wir sehen die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung aller Strukturen der Gesellschaft. Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen fordert daher:

Zuwanderung nach Deutschland für Menschen mit einem beruflichen Abschluss erleichtern

Bei der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz handelt es sich vorrangig um die Ausgestaltung der Erwerbsmigration nach Deutschland. Wir sehen in diesem Bereich vor allem in Bezug auf die Einwanderungsregelung für Menschen mit einem beruflichen Abschluss Handlungsbedarf. Das bestehende Vorrangprüfungsverfahren, die sogenannten Positivliste stellen faktisch eine fast unüberwindbare Hürde für diese Gruppe dar. Diese Regelung muss reformiert werden, damit parallel zu der Öffnung für Hochqualifizierte, Menschen mit einer beruflichen Qualifizierung bessere Chancen zur Einwanderung bekommen. Ob dies im Rahmen eines Punktesystems oder mit einer Änderung der bestehenden Regelungen erfolgt, sehen wir als nachrangig an.

Geflüchtete Menschen fördern

In den letzten zwei Jahren sind viele schutzsuchende Menschen zu uns gekommen. Diese Tatsache hat die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Nach der Unterbringung und der Schaffung von Angeboten in allen möglichen Bereichen geht es nun vorrangig um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt. Es bedarf aber auch einer konzertierten Strategie für die Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland. Wir fordern den Ausbau der interkulturellen Öffnung aller bestehenden Angebote und Dienstleistungen, sowie den Entwurf eines Leitbildes für die Einwanderungsgesellschaft, welcher auch mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten, den geflüchteten Menschen und anderen wichtigen Akteuren zusammen gestaltet wird.

Wir fordern darüber hinaus die Aussetzung der Abkommen mit Drittländern, die nur auf die Kontrolle der Fluchtbewegungen, und eine Verlagerung des Flüchtlingsschutzes abzielen. Genauso fordern wir einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan, da das Land offensichtlich kein sicherer Ort für die Menschen ist. Zuletzt darf die Aussetzung des Rechtes auf Familiennachzug für die subsidiär Geschützten unter keinen Umständen über 2018 verlängert werden.

Einbürgerung erleichtern

In Deutschland halten lange Voraufenthaltszeiten, langwierige Verfahrensdauern, zahlreiche gesetzliche Hürden, wie die Abgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, sowie die Höhe der Gebühren die Menschen von einer Einbürgerung fern. Die Einbürgerungsmodalitäten müssen verbessert, die Höhe der Gebühren gesenkt und die Voraufenthaltszeiten gekürzt werden. Die Mehrstaatigkeit muss als Regel eingeführt werden und die Optionspflicht komplett abgeschafft werden. Wir fordern die Finanzierung von Einbürgerungskampagnen in Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen. Für die erste Generation der sogenannten „Gastarbeiter“ bzw. „Vertragsarbeiter“ müssen Erleichterungen des Einbürgerungsverfahrens vorgenommen werden.

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger einführen

Wir fordern die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für niedergelassene Drittstaatsangehörige. Dieser Personenkreis wird in Deutschland nach wie vor vom Kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen und damit schlechter gestellt in der Ausübung von politischen Rechten als EU-Bürger/-innen. Das Recht auf direkte politische Beteiligung auf kommunaler Ebene bedeutet demokratische Teilhabe und Mitwirkung bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums; niemand kann eine „Integrationsbereitschaft“ von den Menschen fordern ohne direkte Partizipation zu ermöglichen.

Integrationsprogramme des Bundes verbessern

Die Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen, die seitens des Bundes gefördert werden, muss verbessert werden. Bezüglich der Sprachkurse soll eine umfassende Strategie geschaffen werden, bei der die verschiedenen Maßnahmen der Sprachförderung aufeinander abgestimmt werden, von der Schule bis in die berufliche Sprachförderung. Vor allem muss aber garantiert werden, dass die Teilnehmenden sich in den Kursen wiederfinden, das heißt, dass die verschiedenen Lebensphasen und Situationen sowie die individuellen Lernfähigkeiten und Bildungserfahrungen berücksichtigt werden.

Gleichzeitig müssen die verschiedenen Beratungsangebote besser aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Migrationsbera-

tungsstellen und den Beratungsstellen der Jobcenter muss verbessert werden. Im Bereich der Integrationsprojekte müssen eine breitere Finanzierung der Projekte, eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel sowie ausreichende Kapazitäten in der Verwaltung für die Abwicklung der Projekte sichergestellt werden. Diese Integrationsprojekte sind geeignete Maßnahmen, um die Begegnung vor Ort zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu sichern. Die Teilhabe der Migrantorganisationen an den Fördermitteln muss durch geeignete Instrumente sichergestellt bzw. erhöht werden.

Aufstockung der Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung

Nicht zuletzt haben die Pannen bei der Aufklärung der rassistisch motivierten Morde der terroristischen Gruppe NSU aufgezeigt, dass in Deutschland in puncto Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung immer noch viel nachgeholt werden muss. Zum einen ist damit die Bekämpfung und gegebenenfalls das Verbot von extremistischen Gruppen und Parteien gemeint und zum anderen muss die Aufklärungs- und Präventionsarbeit in der Gesellschaft verstärkt und dauerhaft vorangetrieben werden. Hierfür reichen die vorhandenen Mittel und Strategien nicht aus. Wir fordern die politischen Parteien dazu auf, sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auszusprechen. Geeignete Aufklärungsprojekte müssen initiiert werden. Beides muss in gleichberechtigter Kooperation mit Migrantorganisationen erfolgen.

Migrantorganisationen beteiligen

Eine Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung der Migrantorganisationen erfolgreich sein; sie sind wichtige Akteure in allen politischen Bereichen, daher müssen Migrantorganisationen bei der Erhebung der Bedarfe, bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen und politischen Maßnahmen als Experten eingebunden werden. Wenn das langfristige Ziel, Migrantorganisationen als Kooperationspartner vor Ort für andere Akteure der Integrationsarbeit zu stärken, erreicht werden soll, bedarf es zudem der besseren Ausstattung dieser Organisationen. Auf Bundesebene gibt es bereits erste Schritte in diese Richtung, die allerdings noch langfristig gesichert und finanziert werden müssen.

Beschlossen am 22.04.2017